

Absender

---

---

---

An die  
Personalstelle

---

---

---

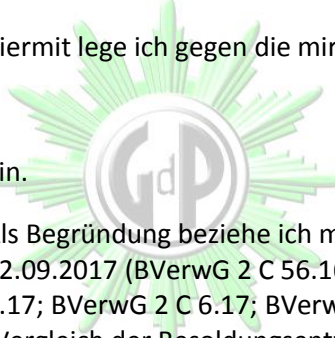
Berlin, \_\_\_\_\_

### **Amtsangemessene Alimentation/meine Versorgung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich gegen die mir im Jahr 2018 gewährte sowie meine laufende Versorgung

ein.

**Widerspruch**

Als Begründung beziehe ich mich auf die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts vom 22.09.2017 (BVerwG 2 C 56.16; BVerwG 2 C 57.16; BVerwG 2 C 58.16; BVerwG 2 C 4.17; BVerwG 2 C 5.17; BVerwG 2 C 6.17; BVerwG 2 C 7.17; BVerwG 2 C 8.17). Danach sind bereits für zwei Parameter (Vergleich der Besoldungsentwicklung zu den Tarifergebnissen der Angestellten im öffentlichen Dienst und zum Verbraucherpreisindex) die Schwellenwerte in besonders deutlicher Weise überschritten. Bei der Gesamtbetrachtung kommt das Gericht zum Ergebnis, dass keine angemessenen Alimentation der zu betrachtenden Jahre vorliegt bzw. vorlag. Die Besoldung war danach in den Jahren 2008 bis 2015 bereits in verfassungswidriger Weise zu niedrig bemessen. Da die Besoldung als Grundlage der Berechnung meiner Versorgung dient, vertrete ich die Auffassung, dass meine Versorgung seit ihrer Berechnung nicht der verfassungsrechtlich gebotenen amtsangemessenen Alimentierung entsprochen bzw. auch in den Folgejahren nicht entsprochen hat.

Ich schlage vor, das Verfahren zunächst auszusetzen bzw. zum Ruhen zu bringen und hier nicht zu bescheiden. Da die hier zitierten Entscheidungen des Bundesverwaltungsgericht dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt wurden und dessen Entscheidung in zeitlicher Hinsicht nicht absehbar ist, bitte ich Sie mir gegenüber auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. Ich bitte Sie mir den Eingang meines Antrages schriftlich zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

---

Name, Vorname